

Rob van Gils neuer Präsident von Aluminium Deutschland

Mitgliederversammlung wählt neues Präsidium – Bedrohliche Lage der Industrie spitzt sich zu

Berlin/Düsseldorf, 15. September 2022

Heute fand in Berlin die Mitgliederversammlung von Aluminium Deutschland (AD) statt. Zum letzten Mal nach sieben Jahren im Amt richtete Dr. Hinrich Mählmann, Vorsitzender der Beiräte der OTTO FUCHS KG und der Schüco International KG, als Präsident das Wort an die Mitglieder. Dementsprechend stand insbesondere die Wahl eines neuen Verbandspräsidenten im Fokus der Veranstaltung. Die Wahl fiel einstimmig auf Rob van Gils, CEO von Hammerer Aluminium Industries.

Der neue AD-Präsident Rob van Gils betonte: „Ich bedanke mich für das Vertrauen der Verbandsmitglieder und freue mich auf die neue Aufgabe, die mit einer enormen Herausforderung verbunden ist. Ich danke Herrn Dr. Mählmann, der den Verband in seiner Amtszeit modernisiert und sein Profil geschärft hat. Nie war es drängender als heute: Die Aluminiumindustrie steht aktuell vor der wohl härtesten Belastungsprobe ihrer Geschichte. Die Preisentwicklung auf den Energiemärkten entzieht weiten Teilen der deutschen Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit – mit entsprechenden Folgen für die Beschäftigung in den Unternehmen. Gerade in dieser Situation kommt dem Amt eine besondere Verantwortung zu.“

AD-Umfrage unterstreicht Dringlichkeit zu schnellem politischem Handeln

Aus einer jüngst von AD durchgeführten Mitgliederbefragung geht hervor, dass sich etwa vier von zehn Unternehmen der deutschen Aluminiumindustrie bis Ende des Jahres 2022 mit Strom abgesichert haben und bereits ab 2023 – also in etwas über drei Monaten – zu deutlich höheren Preisen einkaufen müssen. Gleiches gilt für die Beschaffung von Gas. Für weitere 30 Prozent ist dies ab Mitte 2023 der Fall.

Van Gils weiter: „Bereits jetzt beobachten wir wegen der hohen Gas- und Strompreise erste Betriebsschließungen in Deutschland und Europa. Die meisten Unternehmen der Aluminiumindustrie haben sich durch vorausschauendes Handeln für einen gewissen Zeitraum mit Energie abgesichert. Bei einigen brennt der Baum jedoch schon.“

Der Zeitraum für politisches Handeln ist also sehr begrenzt. Van Gils: „Wir sprechen – wenn überhaupt – von wenigen Monaten. Die Politik muss nun schnell Entlastungen für die energieintensive Industrie auf den Weg bringen, damit Deutschland nicht zum „Rust Belt“ Europas wird. Sie sollte auch bedenken, dass die Nachfrage nach Aluminium im Zuge der Energie- und Verkehrswende steigen wird und, dass damit auch Potenziale für Standort und Beschäftigung verbunden sind. Mit den richtigen Rahmenbedingungen können wir zum Jobmotor in der Transformation der europäischen Industrie werden.“

Ansprechpartner:**Tim Stappen**

Aluminium Deutschland e. V. (AD)

T + 49 211 4796-276

tim.stappen@alu-d.de